

WIE DIE EINHEIT GESCHMIEDET WURDE

Chronologie wichtiger Ereignisse auf dem Weg zur Einheit von Februar bis Juli 1946

Historische Stunde der Nation

Letzte Vorbereitungen für die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die sozialistische Bewegung geht mit einer Millionspartei in Führung

Organisationsbeschluss der gemeinsamen Konferenz von SPD und KPD am 26. Februar 1946

26. Februar - Konferenz des Zentralkomitees der KPD und des Zentralkomitees der SPD mit den Vertretern der Bezirke (zweite Sechziger Konferenz) in Berlin.

Das Organisationskomitee der sozialistischen Einheitspartei in der Provinz Sachsen beschließt die Bezirksparteiarchiv der KPD in Wettin in eine gemeinsame Schule der beiden Arbeiterparteien umzuwandeln.

Februar/März - In allen Kreisen der sowjetischen Besatzungszone werden Komitees und Ausschüsse zur Vorbereitung der Vereinigung von KPD und SPD gebildet. Es entwickelt sich eine breite Diskussion über die programmatischen Grundlagen der Einheitspartei.

Das Büro Schumacher konstituiert sich zum Büro der Westzonen der KPD, das mit allen Mitteln die Vereinigung von KPD und SPD zu verhindern sucht.

1. März - Organisiertes Auftreten von Gegnern der Arbeitereinheit auf einer Funktionärskonferenz der Berliner Partesorganisation der SPD.

2./3. März - 1. Reichskonferenz der KPD in Berlin

6. März - Die Tagung der sozialdemokratischen und der kommunistischen Bürgermeister und Bezirksräte Groß-Berlins beschließt, konsequent den demokratischen Aufbau fortzuführen.

7. März - Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in der sowjetischen Besatzungszone.

Eine gemeinsame Sitzung der Landesvorstände der KPD und der Sozialistischen Partei von Baden in Freiburg (Breisgau) beschließt die Bildung eines Organisationsausschusses zur Vorbereitung der Vereinigung.

9.-31. März - Die Kreisdelegiertenkonferenzen der KPD und der SPD in der sowjetischen Besatzungszone beschließen die Vereinigung der Kreisorganisationen von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

14. März - Gedenkveranstaltungen der beiden Arbeiterparteien in der sowjetischen Besatzungszone anlässlich des Todestages von Karl Marx.

Der Zentralkomitee der SPD ruft in einem offenen Brief die Mitglieder der SPD von Groß-Berlin auf, allen Versuchen der Spaltung der Parteiorganisation durch einheitsfeindliche Kräfte entgegenzutreten und die gemeinsamen Beschlüsse von SPD und KPD auch in Berlin durchzusetzen.

15. März - Die Funktionärskonferenz der Betriebsgruppen der SPD von Groß-Berlin fordert die Vereinigung von KPD und SPD.

21. März - In einem offenen Brief an Kurt Schumacher entlarvt Max Fechner die arbeitgeberfeindliche Politik Schumachers und seiner Anhänger in der SPD.

26. März - Die gemeinsame Funktionärskonferenz der KPD und der SPD von Groß-Berlin tritt für die Vereinigung beider Parteien ein.

31. März - Die Spalteraktion in der Berliner SPD führt mit Unterstützung der imperialistischen Besatzungsmächte in den Westberliner Bezirken eine gegen die Vereinigung gerichtete Abstimmung in der SPD durch.

3. April - Der „Vorwärts“, herausgegeben vom Organisationsausschuss Groß-Berlin der SPD und der KPD, erscheint.

10. April - Gründung des Ostbüros der SPD in Westberlin in Anwesenheit von Offizieren imperialistischer Geheimdienste.

13. April - Die Bezirksparteiarchiv der KPD und der SPD von Groß-Berlin beschließen die Vereinigung.

14. April - Vereinigungsparteitag der Bezirksparteiorganisationen der KPD und der SPD von Groß-Berlin.

10./20. April - Der 15. Parteitag der KPD in Berlin stimmt einmütig dem Beschluss zur Vereinigung mit der SPD zu.

Der 40. Parteitag der SPD in Berlin stimmt einmütig dem Beschluss zur Vereinigung mit der KPD zu.

21./22. April - Vereinigungsparteitag. KPD und SPD vereinigen sich zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Offener Brief an Dr. Schumacher

Offener Brief an Kurt Schumacher

Der Herr Dr. Schumacher, Sie sind ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse in Deutschland zu fördern sucht. Sie sind ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse in Deutschland zu fördern sucht. Sie sind ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse in Deutschland zu fördern sucht.



Viele Vorkämpfer für die Einheit der Arbeiterklasse haben im Präsidium des Vereinigungsparteitages Platz genommen.

1. Hälfte April - In Bayern bekunden Betriebsräte und Ortsausschüsse der Aktionsgemeinschaften der KPD und der SPD ihren Willen zur Arbeitereinheit.

6. April - Die Landes- und Provinzparteiarchiv der KPD und der SPD in der sowjetischen Besatzungszone beschließen die Vereinigung.

6./7. April - Der Bezirksparteiarchiv der KPD von Hannover-Braunschweig in Peine ruft zum gemeinsamen Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten gegen die wiedererstarkende Reaktion auf.

7. April - Auf Vereinigungsparteitagen der KPD und der SPD in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone wird einstimmig die Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vollzogen.

Offene Spaltung der Berliner SPD durch einheitsfeindliche rechtssozialdemokratische Kräfte, die in Berlin-Zehlendorf einen eigenen Parteitag veranstalten.

23. April - die 1. Tagung des Parteivorstandes der SED wählt das Zentralsekretariat.

Die erste Nummer des „Neuen Deutschlands“, des Zentralorgans der SED, erscheint in Berlin.

Die britische Militärregierung fordert die in der britischen Besatzungszone wohnenden Mitglieder des Parteivorstandes der SED auf, ihre Funktion niederzulegen.

27. April - Die amerikanische Militärregierung untersagt in ihrer Besatzungszone Umzüge zum 1. Mai.

30. April - „Neues Deutschland“ veröffentlicht den von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl unterzeichneten Maiauftrag der SED und die Lösungen zum 1. Mai.

Ende April - Gründung des Dietz Verlages Berlin als Parteiverlag der SED.

1. Mai - Der Internationale Kampftag der Arbeiterklasse wird in der sowjetischen Besatzungszone und in vielen Industriezentren der Westzonen zu einem mächtvollen Bekenntnis für die Einheit der Arbeiterklasse.

7. Mai - Der Parteivorstand der SED wendet sich in einem offenen Brief an alle Kommunisten und Sozialdemokraten und ruft dazu auf, die Einheit der Arbeiterbewegung in ganz Deutschland zu schaffen.

9./10. Mai - Britische Militärbehörden verbieten die Vereinigung von KPD und SPD.

9.-11. Mai - Der Parteitag der SPD der Westzonen in Hannover erklärt das Eintreten für die Sozialistische Einheitspartei als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD.

10. Mai - Der Parteivorstand der SED nimmt zu den Schwierigkeiten Stellung, die die imperialistischen Besatzungsmächte der Zulassung der SED in Berlin bereiten.

28. Mai - Der Alliierte Kontrollrat gestattet die Tätigkeit der SED in allen Sektoren Berlins.

20.-24. Juli - Großkundgebung mit führenden Vertretern der SED in den Westzonen legen Zeugnis ab, daß auch hier der Drang nach Einheit der Arbeiterklasse sehr stark ist.



Auf der 1. Reichskonferenz der KPD: Fritz Heilmann, Heinz Keßler, Wilhelm Pieck, Warner Eggerath, Wilhelm Koenen (v. l. n. r.).



Das historische Ereignis ruft die Massen auf die Straßen. Demonstration in Dresden.

Umfangreiche Dokumentation - reichhaltige Information

Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Bildern und Dokumenten

Herausgeber: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED Dietz Verlag Berlin, 1976, 320 Seiten mit etwa 900 Abbildungen, Leinen, 20,50 Mark - Best.-Nr.: 736 525 0

Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zählt zu den größten Ereignissen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Der zum 30. Jahrestag der Gründung der SED erscheinende Band würdigt dieses Ereignis mit Bildern und Dokumenten und Erinnerungen von Arbeiterfunktionären. Es wird sichtbar gemacht, daß die Überwin-

dung der vom Imperialismus und Opportunismus verursachten Spaltung der Arbeiterklasse und die Herstellung ihrer Einheit auf revolutionärer Grundlage von der KPD seit ihrer Gründung verfochten worden war. Deutlich wird aber auch gezeigt, gegen welche Widerstände die Einheit der Arbeiterklasse erzwungen werden mußte. Die gemeinsamen Schritte und Aktionen in den Klassenauseinandersetzungen im Sommer und Herbst 1945 zur Durchsetzung einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung hatten die Aktionsseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten immer besser zusammengeschweißt und Voraussetzungen für die organisatorische Vereinigung von KPD und SPD geschaffen. Die Vereinigung im April 1946 erfolgte auf der Grundlage eines konsequent revolutionären Programms, das eine antifaschistisch-demokratische Republik anstrebte. Die SED

bekannte sich von Anbeginn an entsprechend dem Lehren von Marx, Engels und Lenin zur Diktatur des Proletariats, zum Sozialismus und zur internationalistischen Verbundenheit mit der KPdSU und der gesamten kommunistischen Weltbewegung.

Die Bildokumentation zeigt anhand des beeindruckenden zeitgenössischen Materials sowie der Erinnerungen der Aktivisten der ersten Stunde, daß die SED das Werk von Marx und Engels und des Bundes der Kommunisten, der revolutionären Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei Deutschlands fortsetzt. Die historischen Leistungen der SED manifestieren sich mit der Gründung der DDR und ihrem allseitigen Erstarken als Teil der sozialistischen Staatengemeinschaft und im engen Bruderbund mit der UdSSR.

P. B.

FRAGEN, DIE UNS BEWEGEN

Ein wesentlicher Schritt auf dem Wege der allgemeinen und vollständigen Abrüstung war die Unterzeichnung und das Inkrafttreten der Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) Waffen und Toxinwaffen und über ihre Vernichtung. Diese Konvention und ihre Realisierung ist faktisch die erste reale Abrüstungsmaßnahme in der Geschichte der internationalen Beziehungen. Es muß jedoch daran gehen, die Kategorie der gefährlichsten Massenvernichtungswaffen insgesamt aus den Rüstungsarsenalen der Staaten zu beseitigen. Auf der Tagesordnung der Frühjahrstagung des Genfer Abrüstungsausschusses, die am 17. Februar 1976 begann, steht daher folgerichtig die Ausarbeitung einer Konvention über das Verbot der Entwicklung,

Verhandlungen darauf an, eine für alle Teilnehmerstaaten annehmbare Begriffsbestimmung einschließlich der Klassifizierung chemischer Kampfstoffe nach ihrer Toxizität zu erzielen. Von nicht vorrangiger Bedeutung sollte dabei sein, ob diese Begriffsbestimmung ihren Niederschlag direkt in der Konvention oder in einem Zusatzprotokoll findet.

Zweitens ist zu vermerken, daß in den letzten fünf Jahren die Entwicklung der chemischen Massenvernichtungsmittel in eine technologisch neue Phase eingetreten ist, die mit dem Begriff der „Binär-Waffen“ umschrieben wird.¹ Vereinfacht dargestellt bedeutet dies, daß gering toxische Vorprodukte der Kampfstoffe beverortet und getrennt in die jeweiligen Gase abgefüllt werden und erst nach dem Abschluß der Granate oder der Rakete, also

Warum Verbot chemischer Waffen?

Produktion und Lagerung von chemischen Waffen und ihre Vernichtung. Die sozialistischen Staaten unterbreiteten diesem Gremium bereits 1972 einen entsprechenden Entwurf. Artikel 1 dieses Entwurfs lautet: „Jeder Teilnehmerstaat der vorliegenden Konvention verpflichtet sich, 1. chemische Stoffe solcher Art und in solcher Menge, die nicht für friedliche Zwecke bestimmt sind; 2. Waffen, Ausrüstungen und Trägermittel, die für den Einsatz solcher Stoffe zu feindseligen Zwecken oder in bewaffneten Auseinandersetzungen bestimmt sind, niemals und unter keinen Umständen zu entwickeln, zu produzieren, zu lagern oder anderweitig zu erwerben oder zu verwahren.“

Bei der Ausarbeitung dieser Konvention sind vor allem zwei Aspekte erwähnenswert, die die Komplexität der Materie verdeutlichen. Erstens gibt es zur Zeit keine international anerkannte bzw. einheitlich benutzte Begriffsbestimmung der chemischen Waffen. Gleiches gilt auch für die sowohl chemisch-toxikologische als auch militärische Begriffsbestimmung „chemischer Kampfstoff“, „Giftgas“, „Gaskampfstoffe“, „militärisches Gift“ etc. Die sehr unterschiedliche Handhabung der Begriffe erschwert auch die Verwendung des Begriffs „chemische Waffe“ in einer Konvention. Es kommt demzufolge vor allem in der Phase der

während des Fluges des Projektils, vermischt werden. Der eigentliche Kampfstoff entsteht somit erst wenige Sekunden vor dem Erreichen des Zielgebietes. Die erforderlichen Vorprodukte für Binär-Waffen können also unter den Bedingungen der zivilen chemischen Industrie hergestellt und beverortet werden. Die Komplexität wird dadurch offensichtlich, daß dieselben Vorprodukte ebenso für zivile Zwecke in der Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel-Fertigung oder der sonstigen Erzeugung chemisch-technischer und pharmazeutischer Produkte einsetzbar sind.

Allein diese beiden genannten Aspekte zeigen, was für komplizierte Fragen nach im Zuge der Verhandlungen im Genfer Abrüstungsausschuss in Übereinstimmung aller Teilnehmerstaaten zu lösen sind.

Dr. K. Meier/BS

¹ Vgl. Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik, Berichterstatter, L. L. Breschnew, Berlin 1976, S. 20.
² Vgl. Kh. Lotz, Der Mißbrauch der chemischen Forschung, Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1975, Nr. 6/8, S. 21 f.
³ ibenda.



ZUM AUSSCHNEIDEN

ARGUMENTE, DIE WIR BRAUCHEN

Diese Plakate sind wie obenstehende Dokumente dem genannten Band „Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ entnommen.